

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Frühjahr 2024

Michael Berlemann | Jörg Hinze



HWWI

Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 1/2024

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | März 2024

Wachstumsaussichten für 2024/25 bleiben gedämpft

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) rechnet für die deutsche Wirtschaft nach einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,3 % im Jahr 2023 für die Jahre 2024 und 2025 nur mit geringem Erholungspotenzial. Angesichts des schwierigen Starts in dieses Jahr hinein und des dadurch gedrückten Ausgangsniveaus ist selbst bei moderatem konjunkturellen Aufschwung im restlichen Jahresverlauf für 2024 nur mehr ein Wirtschaftswachstum von im Durchschnitt $\frac{1}{4}$ % zu erwarten. Selbst das setzt aber voraus, dass die geopolitischen Konflikte nicht weiter eskalieren. Und auch dann wäre in Anbetracht der strukturellen Probleme in Deutschland für 2025 lediglich mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1 % zu rechnen. Deutlich verbessert haben sich hingegen die Preisperspektiven. Die Inflation hat sich bereits im Jahresverlauf 2023 erheblich verringert. Und trotz merklich steigender Arbeitskosten, die den weiteren Disinflationsprozess bremsen, wird für die Anstiegsrate des Lebenshaltungskostenindex in diesem und im nächsten Jahr mit $2\frac{3}{4}$ bzw. $2\frac{1}{4}$ % wieder eine Annäherung an die 2-Prozent-Marke erwartet. Diese Prognosen stehen unter der Prämisse, dass sich die geopolitische und damit auch die weltwirtschaftliche Lage nicht weiter verschlechtern und die Wirtschaftspolitik geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der inländischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beschließt.

Fehlstart ins Jahr 2024

Bereits in der Jahresendprognose 2023 des HWWI wurde konstatiert, „dass sich die deutsche Wirtschaft seit fast vier Jahren in einem nahezu andauernden Krisenmodus bewegt“. Dieser hat sich bis zuletzt fortgesetzt. Das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts im Schlussquartal 2023 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gesunken. Damit lag es auf dem Niveau von Ende 2019, vor Ausbruch von Coronapandemie, Ukrainekrieg, Energiekrise mit folgender Inflation und restriktiver Geldpolitik, Nahostkonflikt und „hausgemachten“ politischen Problemen. Der private Konsum, obwohl im Schlussquartal 2023 bereits wieder leicht gestiegen, und Investitionen, die sowohl im Bau als auch in Ausrüstungen zuletzt deutlich sanken, liegen nach wie vor unter Vorkrisenniveau. Lediglich der staatliche Konsum wurde in den vergangenen vier Jahren kräftig ausgeweitet, real um $7\frac{1}{2}$ %, nominal um $27\frac{1}{2}$ %. Auch der außerordentliche Wiederanstieg des Leistungsbilanzüberschusses im vergangenen Jahr auf 280 Mrd. Euro, von „nur“ 171 Mrd. Euro im Jahr 2022, ist kein Beleg für eine wiedergewonnene deutsche Wirtschaftsstärke, denn er resultiert aus einem noch stärkeren Rückgang der Importe als der Exporte, real und noch stärker nominal, und auch er liegt noch knapp unter Vorkrisenniveau.

Auch die ersten Wochen dieses Jahres begannen sehr holprig: Politische Querelen hinsichtlich der weiteren Haushalts- und Wirtschaftspolitik, kritische Diskussionen über Standortqualität und

HWWI Prognosen

Ansprechpartner
Jörg Hinze

Editiert von
Michael Berlemann

© HWWI

mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, weitere Anspannung der geopolitischen Lage, überdurchschnittlich viele Streiks. Die Gefährdung der Schifffahrt im Roten Meer hat viele Reedereien veranlasst, ihre Schiffe um Afrika herum zu leiten, was teils zu Lieferverzögerungen und wegen fehlender Bauteile zeitweilig zu Produktionsstilllegungen auch hierzulande, etwa in der Automobilindustrie, geführt hat. Auch die vielfältigen Streiks hatten direkte und indirekte wirtschaftliche Einschränkungen zur Folge. Das alles hat für weitere Verunsicherung und Zurückhaltung bei Konsumenten und Investoren gesorgt. Alles in allem ist zu erwarten, dass die Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal dieses Jahres insgesamt nochmals etwas niedriger als im letzten Quartal des Vorjahrs sein wird. Rein theoretisch würde das – zwei Quartale in Folge ein Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts – eine Rezession bedeuten.

2024 bleibt schwierig – Stimmungsumschwung erforderlich

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist momentan sowohl auf Verbraucher- wie auch auf Unternehmensebene sehr gedrückt. Aber zumindest auf Verbraucherebene haben sich die Rahmenbedingungen eigentlich bereits gebessert und dürften sich weiter verbessern. Die Inflation ist auf dem Rückzug, die bisherigen und laufenden Lohnverhandlungen bedeuten einschließlich der oftmals gezahlten Inflationsprämien Tarifabschlüsse oberhalb der aktuellen Teuerungsrate und damit wieder reale Einkommenszuwächse, der Arbeitsmarkt ist relativ stabil, und an der Zinsfront zeichnet sich eine Wende ab, was Sparen weniger lukrativ und kreditfinanzierte Ausgaben attraktiver macht. Der private Konsum sollte sich unter diesen Bedingungen im weiteren Verlauf dieses Jahres merklich beleben.

Der Preisanstieg auf Verbraucherebene hat sich bereits im Laufe des vergangenen Jahres deutlich abgeschwächt – von fast 9 % Anfang 2023 auf 2,5 % im Februar dieses Jahres. Hauptgrund hierfür sind die trotz der Anfang dieses Jahres weggefallenen Energiepreisbremsen und CO₂-Preiserhöhung gegenüber dem Vorjahr reduzierten Energiepreise. Die Krise in Nahost hat die Ölpreise anders als in ähnlichen früheren Phasen nicht weiter in die Höhe getrieben, allerdings waren sie schon zuvor deutlich angestiegen. Aber auch die Nahrungsmittelpreise haben sich seit dem Frühjahr 2023 insgesamt stabilisiert, wenn auch bei im Einzelnen teils erheblicher Spreizung; angesichts gesunkener landwirtschaftlicher Erzeugerpreise sollte dieser Trend erst mal fortbestehen. Allerdings wird die monatliche Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe noch durch Basiseffekte verzerrt, in den ersten zwei Monaten dieses Jahres nach unten, in den nächsten Monaten nach oben; die Inflationsrate dürfte dann vorübergehend noch mal Richtung 3 % steigen. Die deutlich steigenden Arbeitskosten bremsen noch den Disinflationsprozeß ab. Die Europäische Zentralbank (EZB), wie auch die amerikanische Zentralbank (FED) haben angesichts der aktuellen Inflationsberuhigung zumindest mal eine „Zinspause“ eingelegt. Die hier wie auch dort noch deutlichen Lohnsteigerungen hält beide Zentralbanken aber noch von Zinssenkungen ab. Im Laufe dieses Jahres sollten sich aber die Lohnabschlüsse mehr an der aktuellen Inflationsentwicklung orientieren, was auch der Geldpolitik die Zinswende erleichtern würde.

Die Situation am Arbeitsmarkt zeigt sich angesichts der konjunkturellen Schwäche erstaunlich stabil. Die Beschäftigung wurde demnach bis Anfang dieses Jahres sogar noch leicht ausgeweitet. Die Beschäftigungszahlen sind allerdings je nach Konjunkturphase recht revisionsanfällig, momentan also eher nach unten, auch wenn angesichts des Mangels an Fachkräften zunächst noch versucht wird, diese zu halten. Die Zahl der Arbeitslosen steigt jedoch inzwischen seit Anfang 2022 tendenziell wieder; die Arbeitslosenquote erreichte im Februar saisonbereinigt 5,9 %. Das liegt einmal an der wachsenden Zahl an Erwerbspersonen, teils aus Zuwanderung, teils an einer steigenden Erwerbsquote bei Frauen, die vielfach allerdings in Teilzeit arbeiten, teils aber wohl auch an der schwachen Konjunktur.

Für anhaltende und zuletzt noch gestiegene Verunsicherung sorgen die „hausgemachten“ politischen Querelen. Die nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil erforderlichen Kürzungen im

laufenden Haushalt sowie beim Klima- und Transformationsfond und die sich daraus ergebenden Diskussionen um Schuldenbremse, Sozialausgabenkürzungen und Steuererhöhungen hat die Debatte um Standortbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft angeheizt. Sichtbarer Ausdruck der Investitionsunsicherheit sind die Verlautbarungen deutscher Unternehmen, Investitionen und Produktionen ins Ausland zu verlagern bei gleichzeitig teils hochsubventionierten ausländischen Investitionen hierzulande. Die derzeitigen Haushaltsprobleme begrenzen die Finanzierung zukunftsrelevanter Investitionen, lähmen den Wachstums- und Transformationsprozess und erschweren damit die Überwindung der aktuellen Wachstumsschwäche. Außer unterschiedlichen Vorschlägen verschiedener politischer Seiten, wie der Vorlage des Wachstumschancengesetzes, einem Sondervermögen Wirtschaft oder steuerlichen Entlastungen für die Wirtschaft, war aber bislang noch kein Konzept zur Verbesserung der inländischen Rahmenbedingungen beschlussfähig.

Konjunkturerholung wird nur mäßig ausfallen

Der Start in dieses Jahr war wirtschaftlich gesehen schwach, die Stimmung bei Verbrauchern und Investoren hat Tiefstände erreicht, die Wirtschaftspolitik bzw. der Staat lieferte in letzter Zeit wegen des Auslaufens krisenbedingter Stützungsmaßnahmen, aber auch durch unentschlossenes Handeln eher negative Impulse. Die reale Wirtschaft insgesamt sollte damit einen Tiefpunkt erreicht haben oder ihm zumindest sehr nahe gekommen sein. Vorausgesetzt, es treten keine neuen externen, negativen Ereignisse ein, könnte damit eine Konstellation zu einer „Bodenbildung“ und damit eine konjunkturelle Wende eingeleitet worden sein. Vor allem sind die Bedingungen für eine Belebung des privaten Konsums, wie beschrieben, durch die Verbesserung der realen Kaufkraft und eine sich künftig eher wieder normalisierende, d.h. sinkende Sparneigung günstiger geworden. Die negativen Impulse seitens der Investitionen sowie der öffentlichen Ausgaben sollten mit der Zeit geringer werden. Da der private Konsum mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, sollten folglich mehr und mehr die positiven Impulse überwiegen. Diese dürften sich mit der ab etwa Jahresmitte erwarteten Zinswende verstärken, wenn sich in der Folge auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen und schließlich auch die Baunachfrage, insbesondere im Wohnungsbau, stabilisieren.

Damit sollte die Konjunktur im zweiten Quartal wieder „anspringen“. Die Konjunkturdynamik wird im weiteren Jahresverlauf in der Tendenz allerdings relativ moderat bleiben, zumal das Potenzialwachstum merklich abgesunken ist. Und auch wenn das Tempo konjunkturell bedingt im restlichen Jahresverlauf zunächst etwas darüber liegt, ist aufgrund des gedrückten Ausgangsniveaus im Jahresdurchschnitt lediglich mit einer realen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 % zu rechnen.

Auch bei der erwarteten moderaten Belebung der Wirtschaft werden die Rahmenbedingungen schwierig bleiben – und das Rückschlagspotenzial ist erheblich. Die Entwicklung im Nahostkonflikt und damit eventuelle Auswirkungen auf die Ölpreise und die Schifffahrt durch das Rote Meer und den Suezkanal sind unabsehbar. Im Ukrainekrieg sind Rückschläge ebenfalls nicht ausgeschlossen. Aber auch hierzulande gibt es – wirtschaftspolitische – Probleme, angefangen bei der Finanzierung der öffentlichen Haushalte bis hin zu den – noch unklaren – Maßnahmen zur Verbesserung des Standorts Deutschland und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Insbesondere letztere sind maßgeblich für die Stimmung bei den Unternehmen und damit für deren Investitionsbereitschaft und schließlich für das längerfristige Wirtschaftswachstum. Eine schlechte Stimmung innerhalb der Wirtschaft überträgt sich letztlich aber auch auf die der Verbraucher, so dass diese trotz für sie verbesserter Bedingungen in geringerem Maße ihre Kaufzurückhaltung aufgeben. Wie schnell und spürbar sich die Stimmungslage aufhellt wird folglich nicht zuletzt vom Handeln der Politik abhängen. Je länger dieses und damit ein Stimmungsumschwung auf sich warten lassen, umso später ist mit einer nachhaltigen Erholung der Wirtschaft zu rechnen. Angesichts des schon

unter günstigeren Bedingungen zu erwartenden nur geringen jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums würde dieses dann entsprechend geringer ausfallen. Umgekehrt würden bürokratische und steuerliche Entlastungen sich unmittelbar auf die Investitionstätigkeit auswirken.

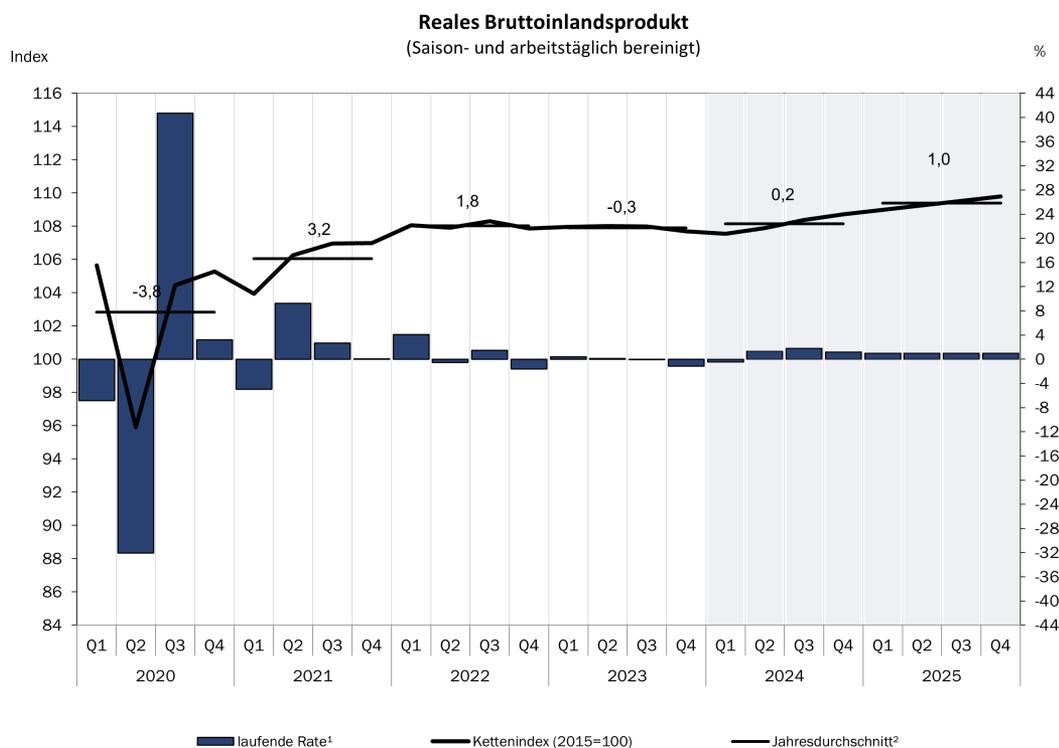
Der Rückgang der Inflationsrate der Verbraucherpreise, der im Jahr 2023 im Gefolge stark rückläufiger Preise auf den vorgelagerten Stufen – Einfuhrpreise, gewerbliche sowie landwirtschaftliche Erzeugerpreise – rasch vorangekommen war, dürfte sich nunmehr merklich verlangsamen. Obwohl die Inflationsrate Anfang dieses Jahres bereits unter 3 % gefallen ist, ist die angestrebte 2-Prozent-Stabilitätsmarke weiter entfernt, als es die geringe Differenz erscheinen lässt. Zum einen lassen die preisdämpfenden Impulse von außen nach. Vor allem aber sind aktuell noch die Lohnerhöhungen infolge der Inflation in den vergangenen Jahren seit letztem Jahr nun recht kräftig, zumal zusätzlich zu den Tariflohnsteigerungen oftmals noch Inflationsprämien gezahlt werden. Die Arbeitnehmerentgelte (auf Stundenbasis) sind so im vergangenen Jahr um knapp 6 % und die Lohnstückkosten wegen der schwachen Produktivitätsentwicklung sogar um fast 7 % gestiegen; diese Entwicklung dürfte sich in den ersten Monaten dieses Jahres nur wenig vermindert fortsetzen. Die Unternehmen werden versuchen, diesen Kostenanstieg auf ihre Preise zu überwälzen, auch wenn dies wegen der schwachen Nachfrage nicht gänzlich gelingen sollte. Aber der Preisdruck von dieser Seite wird erst allmählich geringer und die EZB vorsichtig agieren lassen. Ohne neue größere Inflationsanstöße dürfte sich die Anstiegsrate der Verbraucherpreise in der zweiten Jahreshälfte 2 ½ % nähern.

Angesichts der erwarteten geringen Wirtschaftsdynamik werden die Unternehmen ihr Stellenangebot vorläufig kaum ausweiten. Dies gilt umso mehr, als die Unternehmen im zurückliegenden Jahr ihre Beschäftigungsstände trotz schwacher Konjunktur vielfach, um Fachkräfte zu halten, aufrecht erhalten und so „Reserven“ haben. Die Zahl der Erwerbstätigen wird demnach in diesem Jahr kaum zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte wegen des zunehmenden Erwerbspersonenpotenzials leicht steigen.

Strukturelle Probleme belasten auch 2025 das Wachstum

Wichtige Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft werden sich 2025 gegenüber 2024 kaum verändern: Die deutsche – exportorientierte – Wirtschaft ist von den verschlechterten geopolitischen Rahmenbedingungen besonders betroffen. Die diversen Krisenherde dämpfen die Weltwirtschaft; die Wachstumsperspektiven für den Welthandel haben sich abgeschwächt. Eine Entspannung von dieser Seite ist nicht in Sicht, vielmehr ist das Risiko, dass bei kaum vorhersehbaren Ereignissen ungünstigere als die prognostizierten Entwicklungen eintreten, recht hoch. Auch wenn die Auslandsnachfrage allmählich wieder steigen dürfte, sind konjunkturelle Impulse von dieser Seite nur in geringem Maße zu erwarten; diese müssen folglich vor allem von der Inlandsnachfrage kommen. Hier ist nicht zuletzt die Wirtschaftspolitik gefordert, einen Stimmungsumschwung, insbesondere bei den Unternehmen, herbeizuführen, damit wieder mehr investiert wird. Die Bedingungen für den privaten Konsum sind angesichts der auch im Jahr 2025 erwarteten Steigerung der Realeinkommen und Kaufkraft eigentlich günstig; er wird weiter Konjunkturstütze bleiben. Mit steigender Nachfrage von dieser Seite werden auch die Unternehmen ihre Investitionen zumindest wieder leicht erhöhen, insbesondere bei von der Politik zu erwartenden Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Bei im nächsten Jahr sich fortsetzender Zinssenkungstendenz dürfte sich auch die Bautätigkeit, speziell der Wohnungsbau, stabilisieren. Insgesamt wird sich daraus aber nur – wie auch für die Weltwirtschaft – eine relativ geringe konjunkturelle Dynamik hierzulande entwickeln. Die Exporte werden unter diesen Bedingungen nur moderat zunehmen, und wohl kaum stärker als die Importe, sodass der gesamtwirtschaftliche Impuls von außen klein sein wird. Alles in allem ist so im Jahresdurchschnitt 2025 ein Wirtschaftswachstum von 1 % zu erwarten.

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe könnte sich bis Ende 2025 auf 2 % vermindern, wobei davon ausgegangen wird, dass sich im Prognosezeitraum die Lohnforderungen an die verringerte Inflation anpassen und der Druck von dieser Seite nachlässt. Die Unternehmen werden bei dem



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala.

2) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1.Quartal 2024 Prognose des HWWI.

Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

für nächstes Jahr erwarteten moderaten Konjunkturanstieg auch wieder mehr Personal einstellen. Die Zahl der Arbeitslosen wird dann wieder leicht sinken, zumal das Erwerbspersonenpotenzial weniger stark zunehmen dürfte.

Zunehmende Arbeitskrefteknappheit als zusätzliche Wachstumsbremse

Die mittelfristigen Wachstumsaussichten werden insbesondere durch die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften beschränkt. Zwar hat sich der Arbeitsmarkt über die letzten 15 Jahre trendmäßig ausgesprochen günstig entwickelt. Ein weiterer Anstieg der Erwerbstätigkeit dürfte in der nächsten Dekade kaum mehr zu erreichen sein. Dies liegt vor allem an der sich in Deutschland abzeichnenden demographischen Entwicklung. Die Generation der Babyboomer scheidet über die kommende Dekade zunehmend aus dem Arbeitsleben aus. Dieser Prozess hat zwar bereits in den letzten Jahren begonnen, der weitaus größte Teil der Babyboomer-Generation hat die Verrentung aber noch vor sich. Gleichzeitig rücken deutlich dünner besetzte Alterskohorten in den Arbeitsmarkt nach. Arbeitskräfte werden also noch deutlich knapper als sie es derzeit bereits sind.

Schon jetzt ist der Arbeitsmarkt in vielen Regionen und Segmenten weitgehend geräumt. Die Arbeitslosenquoten von Akademikern liegen bereits deutschlandweit nahe an der natürlichen Rate der Unterbeschäftigung von ca. 2 Prozent. In weiten Teilen Westdeutschlands gilt dies bereits auch für Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Und auch in Ostdeutschland nähert sich die Arbeitslosenquote dieser natürlichen Grenze. Lediglich bei den Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gibt es noch erhebliche Arbeitslosigkeit. Aber auch hier liegt zumindest in Süddeutschland die Arbeitslosenquote bereits unter 10 Prozent.

Die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften wird in Zukunft zu spürbaren Lohnanstiegen

führen. Die zu erwartenden Lohnanstiege werden die Arbeitsnachfrage dämpfen und die Nachfrage lücke verringern. Es spricht vieles dafür, dass dieser Prozess mit Effizienzgewinnen und sogar einer steigenden Gesamtwohlfahrt einher gehen wird. Dennoch wird die Angebotsverknappung an Arbeit nicht ohne negative Folgen bleiben. Auch wenn die zu erwartenden Lohnanstiege die Arbeitsanreize erhöhen und zu leicht erhöhten Erwerbsquoten beitragen werden, wird das Arbeitsvolumen dennoch deutlich zurück gehen. Dies gilt um so mehr als dass die Arbeitnehmer im Zuge der sich verbessernden Verhandlungsposition bessere Möglichkeiten haben, Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. Die derzeit stattfindenden Lohnverhandlungen deuten bereits deutlich in diese Richtung. Die zur Verfügung stehende Arbeitskraft wird also ziemlich sicher trotz steigender finanzieller Arbeitsanreize abnehmen.

Im letzten Jahrzehnt hat die zunehmende Erwerbstätigkeit und das wachsende Arbeitsvolumen neben dem technischen Fortschritt und dem ansteigenden Kapitalstock spürbar zum Wachstum des deutschen Produktionspotenzials beigetragen. Bereits seit 2019 hingegen bremst das rückläufige Arbeitsvolumen das gesamtwirtschaftliche Potenzialwachstum, welches schon derzeit jährlich nur noch etwa ein halbes Prozent pro Jahr beträgt. Dieser Bremseffekt wird sich nicht nur fortsetzen, sondern aller Voraussicht nach sogar noch verstärken. So diagnostiziert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem letzten Jahresgutachten, dass das sinkende Arbeitsvolumen absehbar das größte strukturelle Hemmnis für das Wachstum des Produktionspotenzials sei.

Selbst wenn es der Politik gelingen würde, durch geeignete Maßnahmen eine Erhöhung der Geburtenziffern zu bewirken, wären die Effekte einer solchen Politik erst in ca. 20 bis 25 Jahren spürbar. Um die aus der zunehmenden Arbeitskräfteknappeheit resultierenden Wachstumshemmnisse auch in kürzerer Frist lockern zu können, müssten also andere Maßnahmen ergriffen werden. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters könnte Teil dieser Strategie sein; eine solche Erhöhung ist zur Stabilisierung des umlagefinanzierten Rentensystems sowieso unvermeidlich und würde dann sogar eine doppelte Dividende einfahren. Allerdings ist der Effekt selbst einer Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre begrenzt, so dass zusätzliche Maßnahmen angezeigt sind. Nützlich wären Anstiege der Erwerbsquoten, insbesondere bei Frauen bis 45 Jahren und älteren Personen. Allerdings liegt die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen in Deutschland im internationalen Vergleich schon relativ hoch, so dass das Potenzial für weitere Erhöhungen zumindest nicht sehr groß sein dürfte. Schätzungen des IAB deuten darauf hin, dass der Effekt realistischer Erhöhungen der Erwerbsquoten recht überschaubar ist und für sich genommen nicht einmal ein Sechstel der auftretenden Lücke schließen könnten. Auch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland kann die Arbeitskräfteknappeheit lockern. Schon in der Vergangenheit hat die Zuwanderung spürbar dazu beigetragen, das Arbeitskräftepotenzial zu erhöhen. Modellrechnungen des IAB haben gezeigt, dass Deutschland bis zum Jahr 2060 eine jährliche Nettozuwanderung von 400.000 Personen bei gleichzeitigem Anstieg von Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen benötigen würde, um das Arbeitskräftepotenzial auch nur konstant zu halten. Eine derartig massive Zuwanderung über einen Zeitraum von 35 Jahren erscheint weder realistisch, technisch bewältigbar noch politisch umsetzbar. Realistischere Schätzungen gehen über den gleichen Zeitraum von einer Nettozuwanderung von jährlich 140.000 Personen aus. Diese Zuwanderung würde das Arbeitsangebot zwar spürbar stützen, aber für sich genommen eben auch bei weitem nicht ausreichen, das Arbeitsvolumen zu stabilisieren.

Die aussichtsreichste Option, die aus dem Rückgang des Arbeitsangebots resultierenden Restriktionen für die Entwicklung des zukünftigen Produktionspotenzials zu überwinden liegt wohl darin, menschliche Arbeitskraft durch Technik und künstliche Intelligenz zu substituieren. Sehr lange wurde diese Option in Deutschland eher als Bedrohung begriffen und befürchtet, der Einsatz von Computern, Robotern und künstlicher Intelligenz würde zu Massenarbeitslosigkeit führen. Diese Befürchtung hat sich als falsch herausgestellt. Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt,

dass bereits heute erhebliche Substituierbarkeitspotenziale vorhanden sind, insbesondere (aber nicht ausschließlich) in Fertigungsberufen, fertigungstechnischen Berufen und in Handelsberufen. Der technische Fortschritt wird diese Potenziale zudem in der Zukunft weiter erhöhen. Es wird also darauf ankommen, in Zukunft diese Potenziale zu nutzen. Dies gilt sowohl für die Privatwirtschaft wie für den öffentlichen Sektor. Der ökonomische Druck, diese Möglichkeiten zu realisieren, wird im Zuge steigender Löhne für menschliche Arbeitskraft stetig zunehmen.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2021, 2022 und 2023 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten der Prognose

	2021	2022	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,2	1,8	-0,3	0,2	1,0
Private Konsumausgaben	1,5	3,9	-0,7	0,8	1,2
Konsumausgaben des Staates	3,1	1,6	-1,2	0,0	0,5
Anlageinvestitionen	-0,2	0,1	-0,7	-0,7	1,8
Ausrüstungen	2,8	4,0	3,0	0,0	2,8
Bauten	-2,6	-1,8	-2,7	-2,1	0,6
Sonstige Anlagen	2,1	-0,7	-0,6	1,3	2,8
Inlandsnachfrage	2,5	3,2	-0,9	0,2	1,0
Ausfuhr	9,7	3,3	-2,1	-0,5	2,8
Einfuhr	8,9	6,6	-3,4	-0,5	2,9
Erwerbstätige	0,2	1,4	0,7	0,2	0,3
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,61	2,42	2,61	2,65	2,47
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,5	5,1	5,4	5,5	5,1
Verbraucherpreise	3,1	6,9	6,0	2,7	2,3
Finanzierungssaldo des Staates	-3,6	-2,5	-2,1	-1,2	-1,0
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	7,7	4,4	6,8	6,6	6,5

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2021	2022	2023	2024	2025
Erwerbstätige (Inland)	0,2	1,4	0,7	0,2	0,3
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	2,4	0,1	0,5	0,2	0,2
Arbeitstage	0,1	-0,2	-0,8	-0,3	-0,3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	2,6	1,3	0,4	0,2	0,2
Produktivität	0,6	0,5	-0,7	0,0	0,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	3,2	1,8	-0,3	0,2	1,0

Tabelle 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2582,3	2830,2	2978,2	3080,1	3180,2
Private Haushalte einschl. OoE	1785,5	1979,3	2089,7	2162,6	2237,3
Staat	796,8	850,9	888,5	917,5	942,9
Anlageinvestitionen	770,5	856,2	904,2	914,9	947,1
Ausrüstungen	227,5	253,4	275,5	281,1	293,9
Bauten	406,5	463,5	486,8	487,7	500,6
Sonstige Anlagen	136,5	139,3	141,9	146,2	152,6
Vorratsveränderungen	69,4	114,1	67,2	99,8	112,9
Inlandsnachfrage	3422,2	3800,5	3949,6	4094,8	4240,2
Außenbeitrag	195,3	76,3	171,5	170,6	174,8
Ausfuhr	1710,3	1974,2	1942,5	1948,0	2036,7
Einfuhr	1515,0	1897,9	1771,0	1777,4	1861,9
Bruttoinlandsprodukt	3617,5	3876,8	4121,2	4265,4	4415,0
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	5,0	9,6	5,2	3,4	3,3
Private Haushalte einschl. OoE	4,5	10,9	5,6	3,5	3,5
Staat	6,3	6,8	4,4	3,3	2,8
Anlageinvestitionen	5,1	11,1	5,6	1,2	3,5
Ausrüstungen	4,8	11,4	8,7	2,0	4,5
Bauten	5,7	14,0	5,0	0,2	2,6
Sonstige Anlagen	3,8	2,1	1,9	3,0	4,4
Inlandsnachfrage	6,7	11,1	3,9	3,7	3,6
Ausfuhr	15,6	15,4	-1,6	0,3	4,6
Einfuhr	18,2	25,3	-6,7	0,4	4,8
Bruttoinlandsprodukt	6,3	7,2	6,3	3,5	3,5

Table 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2342,7	2417,4	2394,4	2406,8	2429,8
Private Haushalte einschl. OoE	1640,8	1705,1	1692,7	1705,5	1724,4
Staat	700,2	711,2	700,5	700,9	704,4
Anlageinvestitionen	660,9	661,7	657,4	652,5	664,3
Ausrüstungen	214,0	222,5	229,2	229,3	235,7
Bauten	320,3	314,6	306,2	299,7	301,5
Sonstige Anlagen	125,6	124,7	123,9	125,5	129,0
Inlandsnachfrage	3030,4	3127,1	3099,7	3106,2	3136,9
Ausfuhr	1588,0	1640,6	1605,2	1597,1	1642,5
Einfuhr	1404,5	1497,7	1447,2	1440,4	1481,9
Bruttoinlandsprodukt	3216,8	3274,9	3264,9	3270,4	3304,5
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	2,0	3,2	-1,0	0,5	1,0
Private Haushalte einschl. OoE	1,5	3,9	-0,7	0,7	1,1
Staat	3,1	1,6	-1,5	0,0	0,5
Anlageinvestitionen	-0,2	0,1	-0,7	-0,7	1,8
Ausrüstungen	2,8	4,0	3,0	0,0	2,8
Bauten	-2,6	-1,8	-2,7	-2,1	0,6
Sonstige Anlagen	2,1	-0,7	-0,6	1,3	2,8
Inlandsnachfrage	2,5	3,2	-0,9	0,2	1,0
Ausfuhr	9,7	3,3	-2,1	-0,5	2,8
Einfuhr	8,9	6,6	-3,4	-0,5	2,9
Bruttoinlandsprodukt	3,2	1,8	-0,3	0,2	1,0

Table 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2021	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	3,0	6,7	6,4	2,7	2,3
Konsumausgaben Staat	3,1	5,1	6,0	3,2	2,3
Anlageinvestitionen	5,3	11,0	6,3	1,9	1,7
Ausrüstungen	1,9	7,1	5,6	2,0	1,7
Bauten	8,5	16,1	7,9	2,4	2,0
Sonstige Anlagen	1,7	2,9	2,5	1,7	1,6
Ausfuhr	5,4	11,7	0,6	0,8	1,7
Einfuhr	8,5	17,5	-3,4	0,8	1,8
Bruttoinlandsprodukt	3,0	5,3	6,6	3,3	2,4

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2471,5	2636,5	2779,3	2883,2	2988,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,0	361,8	379,9	398,0	412,3
Bruttolöhne und -gehälter	1571,3	1661,8	1777,0	1861,7	1928,6
Übrige Primäreinkommen	553,3	612,9	622,3	623,5	647,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	581,7	602,3	658,8	654,9	667,1
Nettonationaleinkommen	3053,2	3238,8	3438,1	3538,1	3655,9
Abschreibungen	703,6	788,8	848,1	885,1	920,5
Bruttonationaleinkommen	3756,8	4027,6	4286,2	4423,3	4576,4
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	2769,3	2890,9	3080,4	3182,9	3290,7
Arbeitnehmerentgelt	1918,3	2023,6	2156,9	2259,7	2341,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	851,0	867,4	923,5	923,2	949,7
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,5	6,7	5,4	3,7	3,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,6	4,3	5,0	4,8	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	5,8	6,9	4,8	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitn. (Inl.)	3,3	4,1	6,1	4,6	3,4
Übrige Primäreinkommen	3,6	10,8	1,5	0,2	3,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	28,5	3,5	9,4	-0,6	1,9
Nettonationaleinkommen	7,5	6,1	6,2	2,9	3,3
Abschreibungen	6,5	12,1	7,5	4,4	4,0
Bruttonationaleinkommen	7,3	7,2	6,4	3,2	3,5
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	7,9	4,4	6,6	3,3	3,4
Arbeitnehmerentgelt	3,5	5,5	6,6	4,8	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	19,5	1,9	6,5	0,0	2,9

Table 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1597,0	1660,6	1793,8	1876,5	1936,3
Nettolöhne und -gehälter	1062,9	1118,8	1217,4	1269,9	1312,6
Monetäre Sozialleistungen ¹	677,1	688,6	732,7	767,5	791,0
verbrauchsnahe Steuern	143,0	146,8	156,4	160,9	167,4
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	553,3	612,9	622,3	623,5	647,8
Sonstige Transfers (Saldo)	-114,7	-109,1	-122,4	-128,4	-134,4
Verfügbares Einkommen	2035,6	2164,5	2293,6	2371,6	2449,6
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	63,0	63,0	62,4	64,2	66,2
Konsumausgaben	1785,5	1979,3	2089,7	2162,6	2237,3
Sparen	313,0	248,2	266,4	273,3	278,6
Sparquote	14,9	11,1	11,3	11,2	11,1
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	3,4	4,0	8,0	4,6	3,2
Nettolöhne und -gehälter	4,1	5,3	8,8	4,3	3,4
Monetäre Sozialleistungen ¹	2,0	1,7	6,4	4,7	3,1
verbrauchsnahe Steuern	2,3	2,6	6,5	2,9	4,0
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	3,6	10,8	1,5	0,2	3,9
Verfügbares Einkommen	2,4	6,3	6,0	3,4	3,3
Konsumausgaben	4,5	10,9	5,6	3,5	3,5
Sparen	-7,5	-20,7	7,3	2,6	1,9

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Table 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	879,2	946,6	953,7	1016,8	1053,9
Sozialbeiträge	632,1	666,8	709,6	743,1	769,9
Vermögenseinkommen	14,5	17,6	30,0	30,9	31,8
Sonst. lfd. Übertragungen	29,9	28,0	31,1	32,0	32,1
Vermögenstransfers	19,5	18,8	19,4	19,9	20,4
Verkäufe	137,4	143,2	157,8	162,5	165,7
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1712,9	1821,2	1901,8	2005,4	2074,0
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	226,6	238,4	256,5	268,8	279,8
Arbeitnehmerentgelt	295,4	307,9	327,4	343,0	354,5
Sonst. Produktionsabgaben	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,1	26,5	36,1	42,3	48,1
Subventionen	109,2	70,0	66,3	57,9	57,9
Monetäre Sozialleistungen	609,8	619,1	661,4	692,6	713,9
Soziale Sachleistungen	331,3	354,9	359,8	371,0	381,2
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	91,9	111,4	91,5	87,7	83,7
Vermögenstransfers	65,7	89,7	82,6	79,4	81,6
Bruttoinvestitionen	92,5	100,9	108,0	114,0	118,9
Nettozugang nichtprod. Vermögensgüter	-1,3	-1,0	-0,7	-1,3	-1,5
Ausgaben insgesamt	1842,6	1918,1	1989,2	2055,7	2118,6
Finanzierungssaldo	-129,7	-96,9	-87,4	-50,3	-44,5
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	13,7	7,7	0,7	6,6	3,6
Sozialbeiträge	3,9	5,5	6,4	4,7	3,6
Vermögenseinkommen	-27,1	21,6	70,4	3,0	2,9
Sonst. lfd. Übertragungen	24,5	-6,4	11,0	2,8	0,5
Vermögenstransfers	26,1	-3,7	2,9	2,6	2,5
Verkäufe	6,3	4,2	10,2	3,0	2,0
Einnahmen insgesamt	9,1	6,3	4,4	5,4	3,4
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	7,2	5,2	7,6	4,8	4,1
Arbeitnehmerentgelt	3,6	4,3	6,3	4,8	3,4
Sonst. Produktionsabgaben	-11,0	-34,9	2,1	28,0	5,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	-3,1	25,8	36,2	17,0	13,9
Subventionen	54,1	-35,9	-5,2	-12,7	0,0
Monetäre Sozialleistungen	1,8	1,5	6,8	4,7	3,1
Soziale Sachleistungen	8,5	7,1	1,4	3,1	2,8
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	9,1	21,3	-17,9	-4,2	-4,6
Vermögenstransfers	38,1	36,6	-8,0	-3,9	2,8
Bruttoinvestitionen	-0,5	9,0	7,1	5,5	4,3
Ausgaben insgesamt	7,3	4,1	3,7	3,3	3,1
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-3,6	-2,5	-2,1	-1,2	-1,0